



# Magdeburger Programm

beschlossen auf der 1. Republikkonferenz der  
Jungen Sozialdemokraten, Jugendverband der DDR-SPD  
am 9. September 1990 in Magdeburg

**Arbeitsgemeinschaft der  
Jungsozialistinnen und  
Jungsozialisten in der SPD**

C 01 - 00062

## ■ Inhalt

	Seite
<b>I. Für eine menschenwürdige Gesellschaft</b> .....	5
<b>II. Für eine Sicherheit durch Abrüstung</b> .....	5
Haus Europa .....	7
<b>III. Für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft</b> .....	8
Ökologie .....	10
"Dritte Welt" .....	12
Entwicklungshilfe .....	12
<b>IV. Für eine gerechte Solidargemeinschaft</b> .....	13
Behinderte .....	13
Ausländer und Ausländerinnen .....	13
Extremismus .....	15
Jugend und Freizeit .....	16
Jugend und Beruf .....	17
Jugend und Wohnen .....	18
Jugend und Studium .....	19
Jugend und Schule .....	19
Gleichstellung von Frauen und Männern .....	21
Lesben und Schwule .....	21
Drogen .....	22
<b>V. Für unsere Zukunft</b> .....	23

## ■ Vorwort



Das Magdeburger Programm stellt einen umfassenden Schlußstrich über die Arbeit des Republikvorstandes der Jungen Sozialdemokraten dar. Nach den programmatischen Skizzen wurde es notwendig, sich in thematischen Punkten zu erklären: Gegenüber der SPD und anderen Jugendverbänden.

Im Frühjahr und Sommer 1990 wurden einzelne Aktivitäten zur Programmarbeit aus verschiedenen Landesverbänden vom Republikvorstand zusammengefaßt. Diese Vorarbeiten wurden während einer Klausurtagung zu einzelnen Kapiteln gegliedert; eine Rückkopplung zum Berliner Programm der SPD war selbstverständlich.

Auf der Republikkonferenz der Jungen Sozialdemokraten vom 6. bis 8. September 1990 in Magdeburg wurde der Begriff des Demokratischen Sozialismus kontrovers diskutiert und schließlich auch so beschlossen: Dessen Verständnis lehnt sich eng an das Berliner Programm an. Damit stellten sich die Jungen Sozialdemokraten mit dem Republikvorstand und einem großen Teil ihrer Mitglieder ins linke Spektrum der SPD in der DDR. Sie vollzogen den Schritt von der Sozialen Demokratie zum Demokratischen Sozialismus eher und ehrlicher als die DDR-SPD: Diese ließ ihr Programm aus Anlaß zur "Einheit der Sozialdemokratie in Deutschland" fallen und übernahmen nur mit Kritik hinter den Kulissen das Berliner Programm, während das Magdeburger Programm der Jungen Sozialdemokraten im Vereinigungsprozeß beider Juso-Verbände als Diskussionsstandpunkt vorhanden ist und weiterhin im Gespräch bleiben wird.

Nachteilig auf die Gründlichkeit wirkte sich aus, daß nur ein kleiner Personenkreis am Zustandekommen beteiligt war. Verschiedene Nuancen aus den Landesverbänden und Bezirken wurden erst nach der Tagung bekannt, die erst während der Beratungen der Republikkonferenz bearbeitet werden konnten.

Der Wert des Magdeburger Programms liegt nicht in einer Zukunftsperspektive. Ein solcher Anspruch war vom Republikvorstand nicht vorgesehen; vielmehr ging es um das Fixieren von thematischen Einzelpunkten, die eine klare Diskussion zwischen Ost und West ermöglichen.

Wenn das Magdeburger Programm jetzt im Vorfeld des Bundeskongresses, der mit der Wahl eines neuen gesamtdeutschen Bundesvorstandes die Vereinigung der Jusos dokumentieren soll, noch einmal vorgelegt wird, so geschieht dies, um die Diskussionen der Jungen Sozialdemokraten in der DDR transparent zu machen. Damit soll noch einmal ein Beitrag zum Vereinigungsprozeß geleistet werden, dessen wichtigster Bestandteil das Verstehen ist.

Arne Grimm



C 01 - 00062



JUNGE  
SOZIAL-  
DEMOKRATEN

Jugend-  
verband  
der SPD

**AKTION FREUNDBILD**  
Für ein Deutschland ohne Armee!

Seite 5

## I. Für eine menschenwürdige Gesellschaft

Wir Junge Sozialdemokraten sind den Menschenrechten verpflichtet. Die Menschenrechte sind unteilbar. Die Würde eines jeden Menschen ist ihm angeboren und deshalb unantastbar. Sie ist nicht vom Handeln einzelner Menschen abhängig. Gesellschaftliche Strukturen sind daher für die Menschen da, nicht umgekehrt.

Wir Junge Sozialdemokraten bekennen uns zum Demokratischen Sozialismus und sind uns dessen historischen Wurzeln bewußt. Der Demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiter- und demokratischen Bürgerbewegungen.

Die demokratischen Strukturen in der Bundesrepublik nach dem II. Weltkrieg können und müssen sich aufgrund der demokratischen Bürgerbewegung in der DDR weiterentwickeln lassen. Die Sozialdemokratie wird diesen Veränderungsprozeß aufgrund ihres Engagements für die Benachteiligten in der Gesellschaft vorantreiben.

Jugendliche sind einem besonderen sozialen und gesellschaftlichen Spektrum zuzuordnen, welches besonderer Förderung und besonderer Politik bedarf. Sie müssen ihre Probleme selbständig angehen. Nur so können sie eine von den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geprägte Gesellschaft mittragen. Dabei müssen ihre Wünsche, Anliegen und Forderungen ernstgenommen und ihre Arbeiten weitgehend unterstützt werden.

Wir bekennen  
uns zum Demo-  
kratischen So-  
zialismus

Grundwerte  
Freiheit, Ge-  
rechtigkeit und  
Solidarität

## II. Für eine Sicherheit durch Abrüstung

Das Führen von konventionellen Kriegen in Europa ist durch die kulturell politischen, wirtschaftlichen und technischen Verflechtungen unmöglich geworden. Diese Kriege hätten ebenso wie die atomaren Auseinandersetzungen die Vernichtung der Menschheit in Europa zur Folge. Die hochentwickelte Industrie und die auf dichtem Raum stationierten Waffen bringen die Perversion dieses Zustandes zum Ausdruck. Die Konsequenz muß die radikale Abrüstung im KSZE-Bereich sein. Dazu zählen die drastische Reduzierung der ABC-Waffen, die auf deren völlige Abschaffung hinauslaufen soll, und die Entmilitarisierung Deutschlands.

Die radikale Abrüstung in Europa muß von tiefgreifenden politischen Veränderungen in Europa, Nordamerika und der Sowjetunion begleitet sein. Durch den Zerfall des Warschauer Vertrages kommt der NATO in der Militärpolitik eine wichtige Rolle zu. Deshalb halten wir es für geboten, der KSZE neue und weitgehende Kompetenzen zuzusprechen. Das verlangt eine Umstrukturierung der bisherigen Wirtschafts- und Militärblöcke in Europa. Die KSZE muß zum Träger von Institutionen werden, die die politischen Beziehungen der Teilnehmerstaaten untereinander koordinieren. KSZE und NATO dürfen dabei nicht zu einem neuen Block werden, der das Nord-Süd-Gefälle forciert. Erhebliche demokratische Veränderungen sind auf der europäischen Ebene notwendig. Bisherige Entscheidungspraktiken halten wir für äußerst undemokratisch.

Die NATO benötigt eine vollkommen neue militärische Strategie. Die bisher praktizierte Vorwärtsverteidigung muß durch ein rein defensives Verteidigungsdenken ersetzt werden, in Verbindung mit einer Umstrukturierung der konventionellen Streitkräfte.

drastische  
Reduzierung  
der ABC-  
Waffen, Entmil-  
itarisierung  
Deutschlands

demokratische  
Veränderungen  
sind auf der  
europäischen  
Ebene notwen-  
dig

Die einzusparenden Finanzen des Militärhaushaltes müssen der Entwicklungs- und Umweltpolitik zugute kommen. Wir halten 3 Prozent des Staatshaushaltes für eine vernünftige und realisierbare Größe.

Die NATO darf nicht zu einer Bedrohung für die neutralen Staaten werden. Den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ist die Mitarbeit in der veränderten NATO anzubieten und zu ermöglichen. So kann das Blockdenken in Europa überwunden werden. Die Entmilitarisierung Deutschlands sehen wir, aufgrund der deutschen Geschichte, als einen Modellfall an.

Wir Junge Sozialdemokraten sehen den Zivildienst als eine Chance an, jungen Männern eine friedliche Alternative zum Wehrdienst anzubieten. Der Zivildienst muß einer grundlegenden Reform unterworfen werden. Das Recht auf Zivildienst muß ein einklagbares Bürgerrecht sein, das nicht von Gewissensprüfungen und persönlichen Entscheidungen einzelner Beamter abhängt. Der Zivildienst muß dem Wehrdienst gleichgestellt sein, insbesondere ist eine zeitliche Angleichung notwendig.

Die von uns angestrebte Entmilitarisierung Deutschlands und der damit geforderten Abschaffung sämtlicher Wehrdienstverhältnisse muß eine Diskussion über gesellschaftliche Dienstleistungen, wie es Zivil- und Wehrdienst sind, zur Folge haben. Wir sprechen uns nur dann für solche Dienste aus, wenn Notstände und Katastrophen das Leben und das Wohl der Gemeinschaft bedrohen.

Wir Junge Sozialdemokraten unterstützen Zivildienstleistende besonders.

Bis zur Entmilitarisierung Deutschlands treten wir Junge Sozialdemokraten dafür ein, die Soldaten als Staatsbürger in Uniform zu sehen und ihren Dienst mit größtmöglicher Freiheit auszustatten. Der Soldat muß alle verfassungsrechtlichen Grundsätze ohne Behinderung in Anspruch nehmen können. Dementsprechend sind die bestehenden Gesetze, die einschränkend wirken, zu ändern. Ihm darf die Ausübung dieser Rechte nicht mit dem Hinweis auf die Gehorsamspflicht verweigert werden. Die Befehlsgewalt darf sich lediglich auf dienstliche Vorgänge beschränken.

Obwohl und gerade weil die Verteidigungspolitik ausschließlich im Kompetenzbereich des Bundes liegt, sind die Initiativen der Kommunen gefragt. Sicherheitspolitik darf nicht zu einem Geheimbereich werden, der die Öffentlichkeit ausschließt. Örtliche Aktionen können dazu beitragen, Frieden und Sicherheit als Politikfeld zum Anliegen eines jeden zu machen. Sie müssen darauf abzielen, konkrete Militärprojekte für den vorgesehenen Standort zu verhindern, dies öffentlich zur Sprache zu bringen und eine Soldatengemeinschaft vor Ort gegen Kriegspolitik zu schaffen. Wir Junge Sozialdemokraten werden solche Aktionen unterstützen.

Die Freisetzung von Offizieren aus der Armee macht eine soziale Absicherung für sie erforderlich. Mit Umschulungsmaßnahmen sind ihre vorhandenen Kenntnisse für den zivilen Bereich zu erweitern, um ihnen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Gesellschaftliche Benachteiligungen müssen vermieden werden.

Als Sofortmaßnahme fordern wir die Einstellung der Tiefflüge und den Verzicht auf Großmanöver auf dem Gebiet Deutschlands. Die Beteiligung von deutschen Truppen an solchen Übungen in anderen Staaten, auch auf dem NATO-Gebiet, müssen vermieden werden. Rüstungsimpporte und -exporte müssen sofort eingestellt werden. Über die Rüstungsforschung ist öffentlich zu diskutieren.

Nach der Auflösung der Staatsicherheit steht Deutschland vor der Situation, innerhalb verschiedener Bundesländer verschiedene sicherheitspolitische Strukturen zu besitzen. Die Verfassungsschutzämter der Bundesrepublik haben keine entsprechende Partner in den Bundesländern der DDR.

Dieser Widerspruch muß dazu genutzt werden, neue Wege in der Innenpolitik zu gehen. Wir sind der Meinung, daß ein Land mit einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung einen solchen Geheimdienst nicht mehr nötig hat. Vielmehr sollte die Demokratisierung der Gesellschaft zu einem Teil der aktiven Sicherheitspolitik werden.

Finanzen des  
Militärhaushaltes  
für Entwicklungs-  
und Umweltpolitik

Grundlegende  
Reform des  
Zivildienstes

Soldaten als  
Staatsbürger in  
Uniform

Sicherheits-  
politik kein Ge-  
heimbereich

Einstellung der  
Tiefflüge und  
den Verzicht auf  
Großmanöver

Geheimdienst  
nicht mehr  
nötig

Friedenserziehung beginnt im Kindesalter. Kindergärten müssen frei sein von jeder politischen und ideologischen Bindung. Die Aufnahme in konfessionelle Kindergärten erfolgt nur auf Wunsch der Eltern. Den Kindern soll ein größtmöglicher Freiraum für die Persönlichkeitsentwicklung gewährt werden. In diesem Zusammenhang kommt der musischen Erziehung und Bildung, als wichtige Bedingung für eigene Kreativität, große Bedeutung zu.

Wir Junge Sozialdemokraten fordern das generelle Verbot der Herstellung, des Vertriebes und der Propagierung gewaltverherrlichender Kriegsspielzeuge. Besonders Kindergärten und Schulen sind davon freizuhalten.

Zur Friedenserziehung in den Schulen gehört die gesellschaftskundliche Ausbildung und das Fach Ethik, das überparteiliches und überkonfessionelles Wissen vermitteln soll. Wir sehen es als Alternative zu den bisherigen Fächern Staatsbürgerkunde und Religion mit der Maßgabe, den Jugendlichen die Entscheidung zwischen den verschiedenen Weltanschauungen anzubieten und selbst zu überlassen.

## Haus Europa

Die europäischen Länder sind auf dem Weg zum "gemeinsamen Haus Europa" im letzten Jahr ein gewaltiges Stück vorangekommen. Die Zweiteilung Europas, zumindest die Teilung in zwei sich gegenüberstehende Blöcke, wurde durch die sanfte und weniger sanfte Revolution in den osteuropäischen Ländern überwunden.

In den meisten Staaten haben inzwischen freie Wahlen stattgefunden, deren Wahlsieger sich als Wahlversprechen den Übergang zu demokratischen Gesellschaftsstrukturen auf Basis einer marktorientierten Wirtschaft gegeben haben, deren Ziel die Teilnahme an gesamteuropäischen Strukturen ist.

Bis jetzt stützen sich diese Länder aber auf sehr schwache Ökonomien, deren 40jährige Kommando- und Planwirtschaft die Länder an den Rand der ökonomischen und ökologischen Katastrophe gebracht hat. Der RGW hat seine Zielstellung längst aufgegeben. Doch damit ist noch keine funktionierende Wirtschaftsordnung entstanden. Im Moment stehen die osteuropäischen Länder vor immensen Problemen, wie hauptsächlich

- die Einführung des Handels (auch untereinander) auf Devisenbasis,
- dem Verlust des Wirtschaftspartners DDR,
- den immer noch bestehenden planwirtschaftlichen Strukturen mit ihren Begleiterscheinungen wie bürokratischer Apparat, Schwarzhandel, Verfall der Arbeitsmoral,
- das Fehlen gesetzlicher Bestimmungen für die Überleitung in Marktwirtschaft.

Die Forderungen nach einer effizienten Wirtschaftsordnung sind aber größtenteils mit einer totalen Unkenntnis der westlichen Wirtschaftsstrukturen verbunden. Aus der katastrophalen Wirtschaftslage folgt auch der militant werdende Nationalismus. Bei der anzunehmenden wirtschaftlichen Entwicklung ist auch in Betracht zu ziehen, daß in einigen dieser Länder (Ungarn, Polen, CSFR) schon vor dem II. Weltkrieg funktionierende Wirtschaftsstrukturen existieren, andere traditionelle Agrarländer waren (Rumänien, Bulgarien).

Die EG, die aus 12 Staaten Westeuropas gebildet wird, ist zu einem stabilen Faktor in der europäischen Politik geworden. Sie wurde geschaffen zur friedlichen Lösung aufkommender innereuropäischer Konflikte, ist aber hauptsächlich eine Wirtschaftsgemeinschaft. Die Entscheidung zur Einführung des gemeinsamen Binnenmarktes bis Ende 1992 ist auch in erster Linie auf die "Liberalisierung" des Marktes innerhalb der EG orientiert.

Friedenserziehung  
beginnt  
im Kindesalter

keine gewalt-  
verherrlichen-  
den Spielzeuge

Die Zweiteilung  
Europas wurde  
überwunden

Unkenntnis der  
westlichen Wirt-  
schaftsstrukturen

Aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung der westeuropäischen Länder in der Wirtschaft und auch in den sozialen Rechten eröffnen sich viele Probleme für die EG-Länder selbst. Die verabschiedete "Sozialcharta des europäischen Bürgers" ist, ausgehend vom bundesdeutschen Standard, eher ein Rückschritt.

Die politischen Institutionen der EG, wie das Europäische Parlament und der Europäische Gerichtshof haben bis jetzt noch viel zu wenig Kompetenzen, ihre Entscheidungen sind unverbindlich.

Weiterhin existieren in West- und Nordeuropa Staaten, die die "europäische Idee" zwar unterstützen, bis jetzt aber nicht in die EG-Strukturen eingebunden sind. Eine Ablehnung des Beitritts besteht aber nur in der Schweiz.

Unsere Vorstellungen eines vereinten Europas beziehen alle Staaten Europas ein.

Die erste Stufe dazu ist die Einführung des EG-Binnenmarktes. Wichtig dabei ist, daß bei dieser Umstellung auch die Richtwerte im ökologischen und sozialen Bereich auf höchstmöglichem Niveau angeglichen werden.

Die Aufnahme weiterer Staaten muß erklärtes Ziel der weiteren europäischen Entwicklung sein. Den osteuropäischen Ländern ist durch gezielte solidarische Hilfe und Unterstützung der Weg in das demokratische Europa zu erleichtern, d.h. trotz der wirtschaftlichen Defensivposition müssen sie als souveräne Partner anerkannt werden. Es muß Aufgabe gerade der Linken sein, den osteuropäischen Staaten durch faire Unterstützung und Programmen den Weg in eine multikulturelle europäische Gesellschaft zu eröffnen.

Leider fehlt es immer noch an Informationen über die dann auf die Jugendlichen zukommenden Veränderungen. Um aber das Zusammenwachsen Europas mitzugestalten und um das Verständnis für Europa zu stärken, sind Informationskampagnen durchzuführen.

Das kann im Rahmen der IUSY (International Union of Socialist Youth) geschehen, aber auch in Form von Diskussionsforen und Informationsveranstaltungen. Zu unterstützen und auszubauen sind auch die verschiedenen Jugendaustauschprogramme, Ausbildungsreisen etc.

Wir Junge Sozialdemokraten sehen Europa als Chance zum Anfang einer globalen Sicherheits- und Friedensordnung.

### III. Für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft

Die Jungen Sozialdemokraten halten die soziale Marktwirtschaft für die zur Zeit günstigste Wirtschaftsordnung. Aufgabe der Sozialdemokratie muß es sein, die Marktwirtschaft sozial und ökologisch zu gestalten.

In dieser Wirtschaftsordnung gelten die Regeln des Marktes:

- Das preisbestimmende Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, als Grundlage der Bedürfnisorientiertheit der Verbraucher.
- Die Rolle des Geldes als unmittelbarer Ausdruck des Warenwertes.
- Die Möglichkeit der freien Entfaltung der Produktivkräfte.
- Das Vorhandensein eines Kapitalmarktes als Investitionsreserve und Anlagemöglichkeit des Geldes.

Die politischen Institutionen der EG haben zu wenig Kompetenzen

Aufnahme weiterer Staaten in die EG muß Ziel sein

Um das Zusammenwachsen Europas mitzugestalten und das Verständnis für Europa zu stärken, Informationskampagnen durchführen

Marktwirtschaft sozial und ökologisch gestalten

Uns ist klar, daß die Marktwirtschaft von sich aus nicht sozial-ökologisch sein kann und deshalb durch Ge- und Verbote (durch Steuergesetzgebung) dahingehend gestaltet werden muß.

Die Planwirtschaft der DDR hat es nicht zuletzt durch die permanenten Kommandostrukturen nicht vermocht, die Grundprinzipien des Marktes auf Teilleben der Gesellschaft außer Kraft zu setzen.

Daraus ergibt sich für uns als Sozialdemokraten die Notwendigkeit der Einführung und konsequenten Realisierung der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, da hier Angebot und Nachfrage als Marktindikatoren fungieren und relativ schnell Änderungen bei den Planträgern bewirken.

Diese Planträger entwickeln im Wirtschaftsprozeß dezentral ihre Konsum- und Produktionspläne. Die Regelung der Eigentumsfrage ist von essentieller Bedeutung für das Funktionieren einer Marktwirtschaft. Um hier einem ungehemmten Wirtschaftsliberalismus vorzubeugen, streben wir gemischte Eigentumsformen an. Privates, genossenschaftliches und staatliches Eigentum sollen nebeneinander existieren. Die Dominanz des Privateigentums ist zu sichern, Staats Eigentum ist vor allem bei Post und Bahn zu erhalten. Kommunales Eigentum ist beim ÖPNV zu favorisieren. Das kommunale Eigentum, der durch den sozialen Wohnungsbau geschaffene Wohnraum, ist zu favorisieren.

Mittelständige Unternehmen müssen besonders gefördert werden, da diese die Flexibilität der Wirtschaft und damit einen breiten Volkswohlstand sichern. Besonders auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ist die Entstehung eines breiten Mittelstandes wichtig. Länderweise sollen Mittelstandsförderungsprogramme in Ergänzung zu Arbeitsbeschaffungs- und Umschulungsmaßnahmen erstellt und durchgeführt werden, um schnell eine gesunde Wirtschaftsstruktur zu schaffen. Wir wollen die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen verbessern, insbesondere durch die Förderung der Unternehmens- und Managementberatung, von Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen, durch gezielte Fördermaßnahmen in Hinblick auf den EG-Binnenmarkt und die Einführung einer steuerfreien Investitionsrücklage.

Punkte, die zur Wirtschaftsförderung in der ehemaligen DDR vorgeschlagen werden:

- Ausbau der öffentlichen Infrastruktur als Grundlage einer florierenden Wirtschaft;
- Aufbau eines modernen und ökologisch vertretbaren Verkehrssystems, Sanierung und Modernisierung der Reichsbahn (Förderung des Schienengütertransportes);
- Aufbau einer neuen Telekommunikationsinfrastruktur, die dem Anspruch einer modernen Industriegesellschaft gerecht wird;
- Regelung der Eigentumsfrage: Wir sprechen uns dafür aus, daß unrechtmäßige Entscheidungen nach 1945 in erster Linie durch finanzielle Entschädigungen beglichen werden, um klare Verhältnisse für Investoren und die bisherigen Eigentümer zu schaffen;
- Länderfinanzausgleich: Um die Länder der DDR nicht an den Tropf des Bundes zu hängen und damit auch politische Abhängigkeiten zu schaffen, wird gefordert, daß diese Länder 100 % ihres Umsatzsteueranteils einbehalten können und damit gleichberechtigt bestehen können;
- länderweise sollen Programme erstellt werden, die Qualifizierungsmaßnahmen auch der bestehenden Nachfrage anpassen;
- diese Maßnahmen könnten durch staatliche Beschäftigungsgesellschaften als provisorische Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten besonders im Hinblick auf den ökologischen Umbau unterstützt werden;
- in der Landwirtschaft wird eine schnelle Anpassung an den EG-Agrarmarkt gefordert (dies trifft im Besonderen die Chancengleichheit), um die Exportchancen zu erhöhen;

gemischte Eigentumsformen

Staats Eigentum bei Post und Bah. erhalten

Mittelständige Unternehmen besonders fördern

Wirtschaftsförderung in der ehemaligen DDR

- die Genossenschaften sollen für die Beschaffung von moderner Technik unbedingt staatliche Unterstützung finden;
- Die Verarbeitung der Produkte sowie die Möglichkeiten des Verkaufs müssen marktwirtschaftlich angepaßt werden, die Größe der Genossenschaften bieten Chancen auf dem Agrarmarkt zu bestehen.

Steuergesetzgebung grundlegend vereinfachen

Die Erhöhung des Steuerfreibetrages ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Steuergesetzgebung ist grundlegend zu vereinfachen. Durch die Steuergesetzgebung ist aber Deutschland als attraktiver Investitionsstandort zu erhalten.

Neuregelung des Kartellgesetzes

Der Bildung von Monopolen ist entgegenzuwirken. Bestehende Monopole müssen einer besonders harten und öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns für eine Neuregelung des Kartellgesetzes aus, um eine neue Festlegung bestimmter Kompetenzen und Mitsprachemöglichkeiten neu definiert zu wissen.

Neudefinition des Begriffes "Arbeit"

Um eine Marktwirtschaft sozial nennen zu können, sind eine Vielzahl von sozialer Grundforderungen durchzusetzen.

Grundsätzlich streben wir eine Neudefinition des Begriffes "Arbeit" an. So ist unser Ziel, daß die Erziehung der Kinder genauso wie die Pflege von Alten, Kranken und Behinderten als gesetzlich anerkannte Arbeit gelten.

Ziel der Vollbeschäftigung

Arbeitszeitverkürzungen als Folge zunehmender Modernisierung der Produktion ist ein notwendiges Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit und bietet Raum für mehr Freizeit. Gleitende Arbeitszeiten in Verwaltungs- und Dienstleistungsbereichen sind zu favorisieren. Das Ziel der Vollbeschäftigung bleibt bestehen.

Der soziale Wohnungsbau, als eine Voraussetzung für eine neue Form der Mietpreisbindung, ist unbedingt zu fördern.

Verstärkte Förderung von Trägern von Schulungs- und Ausbildungsstätten für Jugendliche sind eine der wichtigsten Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit.

Um ökologische Richtlinien ohne ständige Verzögerung durch einzelne Länder zu gewährleisten, ist eine internationale Umwelt- und Wirtschaftsgesetzgebung erforderlich. Den EG-Binnenmarkt betrachten wir als den ersten Schritt in diese Richtung, der dem ökologischen Umbau global förderlich ist.

Keine Festung Europa

Wir lehnen eine Entwicklung des EG-Binnenmarktes zur Festung Europa ab. Vielmehr sollte eine Integration der osteuropäischen Länder gefördert und restriktive Importbeschränkungen vermieden werden. Es ist anzustreben, eine einheitliche europäische Währung einzuführen.

## Ökologie

Die angeblich moderne Zivilisation ist an einem Punkt angekommen, an dem die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen soweit fortgeschritten ist, daß der Schutz dieser eines der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Ziele sein muß und der ökologische Umbau der Industriegesellschaft für das Leben der Erde unabdingbar ist.

An vielen Punkten ist der ungehemmte Markt zu einem großen Teil mitschuldig an den bestehenden Umweltproblemen. Ein mangelndes Problembewußtsein der Bevölkerung und ein daraus resultierendes Konsumverhalten sowie die nachlässige Umweltgesetzgebung in Ost und West taten ihr übriges.

Umweltgesetzgebung bedarf strengerer Grenzwerte

Als wichtige Umweltschäden haben wir z.B. das Ozonloch und den drohenden Treibhauseffekt. Verschmutzungen in Luft, Wasser und Boden führten zu Fisch- und Robbensterben, Waldsterben, sauren Regen und ähnlichen Schäden in unserer Umwelt. Um hier wirksame Maßnahmen gegen diese Verschmutzung und die Abholzung der tropischen Regenwälder zu finden, sind internationale Gremien (z.B. auf UNO-Basis) notwendig. Diese müssen mit

weitgehenden Machtbefugnissen ausgestattet sein, um konsequent geltendes Umweltrecht zu kontrollieren und durchzusetzen. Diese Umweltgesetzgebung bedarf strengerer Grenzwerte. Das Verbot von Stoffen, deren schädigende Wirkungen nicht bekannt sind, muß durch Gesetze erreicht werden. Der Einsatz von Stoffen, die Schäden im menschlichen Organismus hervorrufen können, ist zu verbieten, sofern ungefährlichere Ersatzstoffe vorhanden sind, auch wenn deren Produktion aufwendiger und teurer ist. Ein wichtiger Bestandteil der Vorbeugung von Umweltverschmutzung ist die frühe Aufklärung der Bevölkerung.

Umweltsteuer-  
gesetzgebung

Das Konsumverhalten ist durch eine strikte Umweltgesetzgebung zu beeinflussen. Eine Steuer muß bei Waren des täglichen Bedarfs, auf überflüssige Verpackung und Einweggefäße erhoben werden. Die Benutzung von umweltfreundlichen und natürlichen Materialien ist ebenso steuerlich zu begünstigen wie die Benutzung von Mehrweggefäßen. Als Teil der Umweltsteuergesetzgebung halten wir das Umlegen der KFZ-Steuer auf die Mineralölsteuer für notwendig. Ein Tempolimit auf Autobahnen ist ebenso wie Tempo-30-Zonen in Wohngebieten einzuführen. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist auszubauen, zu modernisieren und attraktiv zu gestalten.

ÖPNV ausbauen,  
modernisieren und attraktiv gestalten

Die Agrarpolitik muß darauf Einfluß nehmen, daß die Landwirtschaft so ökologisch wie möglich gestaltet wird. Schädlingsbekämpfungs- und Düngemittel sollten, sofern ihr Einsatz notwendig ist, nur in genauer Dosierung angewendet werden, denn die Devise: "Viel hilft viel" hätte katastrophale ökologische Folgen. Die verbreitete Massentierzucht in ländlichen Gebieten führt zu großen Problemen der Gülleentsorgung und bedroht unser Trinkwasser. Eine teilweise Aufbereitung zu Biogas ist anzustreben. Der bei ähnlichen Prozessen anfallende Kompost ist als natürliches Düngemittel einzusetzen.

Energieversorgung muß dezentral erfolgen

Die künftige Energieversorgung muß dezentral erfolgen. Zentrale Großkraftwerke sind ökologisch und auch von der physikalischen Effizienz, mit einem geringen Wirkungsgrad, nicht tragbar. Kleinere Blockkraftwerke müssen auf dem Prinzip der Kraft-Wärme-Koppelung beruhen. Kernkraftwerke sind ökonomisch nicht tragbar und können nur für eine Übergangszeit noch Energielieferant sein.

Ausstieg aus Atomernergie

Der endgültige Ausstieg ist anzustreben. Die Forschung an alternativen Energiequellen ist staatlich zu stützen. Ergebnisse dieser Forschung sind zu subventionieren und zu fördern. Eine Hemmung dieser Entwicklungsrichtung durch Stromgroßanbieter ist zu unterbinden.

Umweltverschmutzer "Großindustrie" nach Verursacherprinzip steuerlich belasten

Der Umweltverschmutzer "Großindustrie" sollte, beruhend auf dem Verursacherprinzip, steuerlich so belastet werden, daß die Einhaltung der Umweltnormen (Einbau von Filteranlagen und Kläranlagen sowie der Bau sicherer Deponien) kostengünstiger wird, als der weitere Schadstoffausstoß. Kommunen müssen dazu verpflichtet werden, ausreichende Klärmöglichkeiten für die Abwässer aus privaten Haushalten zu schaffen. Hierfür muß der Staat den Kommunen zinslose Kredite anbieten, Abfallbeseitigung muß so ökologisch sicher wie möglich gestaltet werden. Wilde Deponien sind für die natürliche Umwelt nicht tragbar. Müllverbrennungsanlagen müssen strengsten Umweltnormen unterliegen und dem modernsten Stand der Technik entsprechen. Alternativen sind zu suchen.

Umweltverträglichkeitsprüfung

Städtebauliche Planungen müssen auf Umweltverantwortlichkeit geprüft werden. Grünflächen gehören in das Bild einer jeden Stadt, sie tragen zur Lärmeindämmung bei.

## "Dritte Welt"

Die Entspannung des Ost-West-Konfliktes verlangt eine Verlagerung der Schwerpunkte der Weltpolitik hin zu einer Politik der globalen ökonomischen und ökologischen Integration. Aus der künftigen Entwicklung von zwei Drittel der Menschheit ergibt sich die Chance zu einer weltweiten Emanzipation der Völker, die zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung führt.

Weltwirtschaftsordnung ist Tradition von 500 Jahren Kolonialismus

Die jetzige Struktur der Weltwirtschaftsordnung ist eine Weiterführung der Tradition von 500 Jahren Kolonialismus. Durch die neokolonialistische Form der Ausbeutung beruht der Reichtum der Länder des Nordens auf den Ressourcen der "Dritten Welt".

Die Schwerpunkte dieser neuen Form sind:

- Finanzpolitik des IWF und der Weltbank, die durch ihre Kredit- und Zinspolitik die Entwicklung der "Dritten Welt" hemmen;
- die bestehende Ex- und Importstruktur (z.B. EG-Agrarpolitik), die den Aufbau einer modernen Verarbeitungsindustrie in den Ländern des Südens behindert;
- Konfliktförderung durch die entwickelten Industrieländer mit dem Ziel der Profitwirtschaft durch Waffenexporte.

Streichung aller Schulden der Länder der "Dritten Welt"

Der Weg hin zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung muß mit einer schrittweisen Streichung aller Schulden der Länder der "Dritten Welt" beginnen. Eine sofortige Streichung der Zinslasten ist unbedingt erforderlich. Eine wirtschaftliche Handlungsfähigkeit dieser Länder wird durch den partiellen Abbau der Schulden erreicht.

Diese ökonomische Potenz sollte von vornherein den Erfordernissen der internationalen Arbeitsteilung Rechnung tragen und damit eine Süd-Süd-Kooperation auf neuem hohen Niveau einleiten und ermöglichen. Das sollte durch schon vorhandene Institutionen und Gremien (z.B. Frontstaaten und OAU) vorangetrieben werden.

Dadurch wird eine wirtschaftliche Entwicklung der "Dritten Welt" möglich, die das Aufrechterhalten von Monokulturen überflüssig macht und eine flexiblere, von den Schwankungen des Weltmarktes unabhängige Agrar- und Verarbeitungsindustrie ermöglicht.

## Entwicklungshilfe

Entwicklungshilfe darf nicht mehr in projektgebundener Förderung liegen, die den Projektinteressen dienen und deren Nutzen nur scheinbar den Entwicklungsländern zugute kommt.

Mit durch Schuldenabbau freierwerdende Gelder sollten die Länder selbstbestimmend ihre eigene Industrie aufbauen, währenddessen Entwicklungshilfe vorrangig zur Aus- und Weiterbildung sowie zum Ausbau der Infrastruktur dienen sollte.

Umweltfonds zur Erhaltung der tropischen Regenwälder

Ein Teil des durch Schuldenabbau freigewordenen Geldes fließt in einen weltweiten Umweltfonds zur Erhaltung des tropischen Regenwaldes.

Die Bevölkerungsexplosion in den Ländern der "3. Welt" beruht auf religiösen und kulturellen Gründen, andererseits auf wirtschaftlichen, da Kinderreichtum soziale Sicherungssysteme ersetzt. Die Industrienationen können hier nur helfen, indem sie eine deutliche und stetige Steigerung des "verfügbaren Nationaleinkommens pro Kopf" in den Entwicklungsländern forcieren.

FDJ-Brigaden durch unabhängige Jugendbrigaden ersetzen und unterstützen

Wir Junge Sozialdemokraten halten an unserer Forderung fest, die FDJ-Brigaden in Ländern der 3. Welt durch unabhängige Jugendbrigaden zu ersetzen und diese zu unterstützen.

Ein Konzept einer neuen Nord-Südpolitik sollte in einer zukünftigen sozialdemokratischen Programmatik gebührenden Umfang erhalten.

## IV. Für eine gerechte Solidargemeinschaft

## Behinderte

Menschen mit Behinderungen sind bisher nicht vollständig in unsere Gesellschaft integriert. Sie leben am Rand der Gesellschaft. Der Umgang mit ihnen fällt schwer und wird gemieden. Entsprechende Aktivitäten Behinderter im gesellschaftlichen Leben bleiben aus. Eine Beachtung behindertenspezifischer Anforderungen an das gesellschaftliche Leben blieb aus oder war nur in Ansätzen zu erkennen.

Die Isolierung Behinderter und die Tabuisierung ihrer Probleme ist heute nicht mehr zu verantworten. Der Integration behinderter Menschen muß sich endlich umfassend angenommen werden. Staatliche Maßnahmen können und müssen Abhilfe schaffen. Das Sondieren von Behinderten und Nichtbehinderten muß erheblich eingeschränkt werden. Es sind behinderte Kinder und Jugendliche zu einem großen Teil fähig, Kindertagesstätten und Schulen zusammen mit Nichtbehinderten zu besuchen. Auch in der Berufsbildung ist in vielen Fällen ein Zusammengehen möglich.

Kindertagesstätten und Schulen gemeinsam mit Nichtbehinderten besuchen

Auf dem Arbeitsmarkt stellt sich für Behinderte eine katastrophale Situation dar. Durch ihre Behinderung dürfen ihnen nicht in ungerechtfertigter Weise bestimmte Fähigkeiten und Fertigkeiten abgesprochen werden. Eine Isolierung durch "reine" Behindertenabteilungen bzw. -betriebe ist oft unnötig. Durch eine behindertengerechte Arbeitsplatzgestaltung ist die Integration in andere Arbeitsprozesse in der Vielzahl möglich. Die bevorzugte Behandlung auf dem Arbeitsmarkt und anderswo muß gesetzlich geregelt sein. Eine Quotenregelung erscheint uns hierbei sinnvoll. Desweiteren fordern wir bei allen infrastrukturellen Maßnahmen, Belange behinderter Menschen zu beachten.

Quotenregelung erscheint uns sinnvoll

Öffentliche Einrichtungen müssen behindertengerecht gebaut sein. Behörden, Dienstleistungseinrichtungen für die Menschen, haben sich auf den Umgang mit Behinderten einzustellen und Schwellenängste abzubauen. Sie haben jedem Tabu entgegenzuwirken. Ihnen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Gesetzliche Mindestanforderungen sind zu schaffen, die die vollkommene Einbeziehung in den allgemeinen Verkehr ermöglichen. Einrichtungen zur Förderung Behinderter sind in viel zu geringer Anzahl vorhanden. Es fehlt an qualifizierten Fachkräften. Eine spezielle und umfassende medizinische, materiell-technische Basis muß erst noch geschaffen werden. Die zusätzliche materielle Vergütung Behinderter bzw. gezielte finanzielle Zuschüsse müssen erheblich erhöht werden. Wir fordern eine kurz- und mittelfristige Lösung dieser bislang unhaltbaren Zustände.

Öffentliche Einrichtungen müssen behindertengerecht gebaut sein

## Ausländer und Ausländerinnen

Eine bewußte und offene Ausländerpolitik war in den Jahren der SED-Diktatur in der DDR kein vorrangiges Anliegen. Trotzdem eine Öffnung des Landes für ausländische Bürger und Bürgerinnen durch die Regierungspolitik unmöglich gemacht wurde, die vietnamesischen und mocabitanischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auch ganz bewußt am Rande der Gesellschaft gehalten wurden, hatte die SED den Internationalismus als ihr oberstes Gebot vorgeläuscht. Durch ihre doppelzüngige Politik verursachte sie (wie fast überall) ein totales Defizit innerhalb der Bevölkerung, sich mit fremden Kulturen auf normalmenschlicher Basis auseinanderzusetzen. Die Freundschaft zur Sowjetunion wurde leider nicht den Menschen überlassen, sondern durch ständigen Zwang zur Perversion verkehrt.

Mit den Veränderungen in der ehemaligen DDR zeigt sich die Unfähigkeit von Teilen der Bevölkerung, mit ausländischen Kulturen und mit der Öffnung der DDR für die Menschen

aus anderen Kulturkreisen umzugehen. Ganz im Gegenzug dazu entwickelte sich unter der Bevölkerung die Tendenz zu behaupten, der ökonomische Aufschwung und der damit verbundene höhere Lebensstandard wären ohne die Ausländer und Ausländerinnen viel einfacher. Dabei wird oft vergessen, unter welchen Bedingungen und zu welchem Zweck die "Gastarbeiter" in der DDR waren.

Wir Junge Sozialdemokraten stellen uns gegen solche Auffassungen, da wir wissen, daß eine Ausweisung der ausländischen Bürger und Bürgerinnen die bestehenden sozialen Probleme nicht lösen kann, die den Menschen soziale Sicherheit gibt, die Spannungen während der besonders schwierigen Übergangszeit gemildert werden.

Eine wahre Ausländerpolitik beinhaltet die Gleichbehandlung aller Bürger und Bürgerinnen eines Landes, die Anerkennung und Förderung der jeweiligen Kulturen bei gleichzeitiger Einbeziehung der ausländischen Bürger und Bürgerinnen in die Gesellschaft. Zur Integration gehört die Einhaltung der Chancengleichheit in Ausbildung, Beruf und öffentlichem Leben. Politische Betätigung darf ihnen nicht verwehrt bleiben. Datenschutz muß ebenso gewährleistet sein. Dazu ist die Schaffung von Ausländerbehörden notwendig, die ausländische Bürger und Bürgerinnen durch Rechtsberatung und -beistand bei der Wahrung ihrer Rechte und Interessen unterstützen.

Grundsätzlich mußes für Verfolgte Asylrecht geben. Wir befürworten die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft, denkbar in der Form einer aktiven und einer ruhenden. Auch Einbürgerungen müssen für Ausländer und Ausländerinnen, die länger in unserem Land wohnen, möglich sein. Genauso darf es aber kein Zwang für ausländische Bürger und Bürgerinnen geben, die hier aufgrund einer Heirat wohnen, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Ausländische Bürger und Bürgerinnen dürfen in der Arbeitswelt nicht diskriminiert werden. Sie dürfen nicht "für die Drecksarbeit" dasein. Illegale Beschäftigung muß unterbunden werden. Zur normalen Einbeziehung ausländischer Kinder in den Unterricht ist die Kenntnis/Beherrschung der deutschen Sprache erforderlich. Deshalb muß ein breites Angebot an kostenlosen Sprachkursen existieren. Lehrerinnen und Lehrer müssen auf den Unterricht in gemischten Klassen vorbereitet sein. In den Schulen sind Bildungsinhalte zu vermitteln, die bereits bei Kinder und Jugendlichen das Verständnis für die Sitten, Traditionen und Kulturen anderer Völker wecken, zu Toleranz und gegenseitiger Achtung erziehen. Außerdem sollte die Möglichkeit für ausländische Kinder bestehen, außerhalb des gemeinsamen Unterrichts die eigene Sprache, Kultur und Religion vermittelt zu bekommen. Auch andere interessierte Kinder und Jugendliche sollten daran teilnehmen können. Als möglichen Ort für derartige Kurse wären Jugendzentren denkbar.

Die soziale Integration im unmittelbaren Lebens- und Wohnbereich ist besonders wichtig. Wir setzen uns für die Erhaltung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer und Ausländerinnen, die länger als 2 Jahre hier wohnen, ein. In Lokalzeitungen sollten regelmäßig Seiten über und von Ausländern und Ausländerinnen erscheinen.

Kultur und Sport bieten viele Möglichkeiten zu Begegnungen und dem Kennenlernen von Menschen unterschiedlicher Nationalität. Deshalb unterstützen wir die Errichtung von Cafés und Nationalitätensstätten, Kulturzentren und Sportgemeinschaften als Gelegenheit zur Begegnung und Abbau von Vorurteilen. Wir Junge Sozialdemokraten möchten fremde Völker und Kulturen durch gezielte Projekte selbst fördern. Die auftretenden Probleme in der DDR betreffen alle Bürger und Bürgerinnen. Darum sehen wir es als notwendig an, niemanden aus der Gesellschaft auszugrenzen. Nur gemeinsam können wir unsere gemeinsamen Probleme lösen.

**Gleichbehandlung aller Bürger und Bürgerinnen eines Landes**

**Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft**

**Kostenlose Sprachkurse**

**Kommunales Wahlrecht für Ausländer und Ausländerinnen, die länger als 2 Jahre hier wohnen**

### Extremismus

Der Extremismus ist Ausdruck einer tiefen sozialökonomischen und moralischen Krise, in der sich die DDR befindet. Wie tief diese ist, zeigen die Zunahme der Gewalttätigkeiten in den Städten, die Häufung regelrechter Straßenschlachten zwischen Rechten und Linken in den Großstädten und die (noch) illegale Bildung von weiteren Gruppen der "Reps". Da besonders bei Jugendlichen ein Hang zur Veränderung der Verhältnisse bis hin zur Radikalität besteht, ist der Extremismus ein größtenteils jugendspezifisches Problem. Im totalen SED-Staat traf extremistisches Gedankengut bei Jugendlichen, die aus der Einheitschablone ausbrechen wollten, auf fruchtbaren Boden. Extremisten in der DDR rekrutierten sich also teilweise aus einem Protestpotential, das vor der Wende entstand. Ihr Vorhandensein wurde erst nach der Wende im vollen Umfang bekannt. Durch den Verlust von Idealen flüchteten sich besonders Linke in radikale Ansichten. Mit dem Erlassen von Gesetzen und der Festschreibung des Antifaschismus in der DDR, meinte man, sei der Faschismus "Mit Stumpf und Stiel ausgerottet". Dabei vergaß man nur eine richtige Auseinandersetzung mit dem Nazismus. Dadurch blieben die Wurzeln des Rechtsradikalismus bestehen, auf denen der nationalisistische Taumel und das Erstarren rechtsradikaler Parteien eine gute Grundlage findet.

Die Einführung der Marktwirtschaft ruft vielfältige Probleme bei uns hervor: eine in den nächsten Jahren enorm hohe Arbeitslosenquote, eine zunehmende Wohnungsnot u.a. Durch diese Perspektivlosigkeit wächst bei Teilen der Betroffenen die Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegen jene, von denen sie meinen, daß diese Schuld an der Misere seien. Für die Extremisten ist das der Staat mit seinen Institutionen, wobei sie in ihrem übersteigerten Antifaschismus alles bürgerlich-demokratische Angehauchte als rechts bzw. teilweise sogar nazistisch ansehen. Die Gewalttätigkeiten der Rechtsextremisten richten sich gegen solche, die schwächer sind, d.h. Minderheiten (Ausländer und Ausländerinnen, Schwule, Punks ...). Besonders die Ausländer und Ausländerinnen sind von ihrem Haß betroffen, da sie in ihren Augen noch Konkurrenten bei der Arbeits- und Wohnungssuche sind. Wir Junge Sozialdemokraten zählen zu unserem Demokratieverständnis als eine wichtige Grundlage die Gleichheit aller Menschen unabhängig von Nationalität und Religion. Aus diesem Grunde lehnen wir Deuschtmelerei bis hin zum Rechtsextremismus auf das Entschiedenste ab. Wir befürworten einen gesunden Patriotismus, der nicht auf Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern fußt.

Ebenfalls distanzieren wir uns aufs Schärfste von den Methoden und Gesellschaftsmodellen linksradikaler Kräfte. Als entscheidendes Mittel zur Bekämpfung des Extremismus sehen wir Junge Sozialdemokraten den weitestgehenden Abbau der sozialökonomischen Ursachen an. Wichtig ist ferner eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Geschichte ohne Tabuisierung. Die größte Gefahr der Rechten geht nicht nur von dem Teil aus, der am lautesten schreit bzw. es nicht nur dabei beläßt, sie besteht durch sogenannte intelligente Rechte, die sich vielmehr einen zutiefst demokratischen Anstrich geben und somit nicht so leicht als Rechtsextremisten zu erkennen sind. Um solchen ewig Gestrigen den Boden unter den Füßen zu nehmen, reichen keine Parolen aus. Unserer Meinung nach müssen Möglichkeiten geschaffen werden, ehemals extremistische Jugendliche wieder in das gesellschaftliche Leben einzubeziehen. Die Aufgabe, die jetzt schon angegangen werden kann, besteht darin, die Jugend aus der Desorientierung und dem sozial schwachen Milieu herauszuholen, ihnen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung zu bieten. Also sind umfangreiche Freizeitangebote, z.B. alternative Jugendhäuser, ein besseres Zukunftsbild durch Weiterbildungsangebote, zu schaffen. Zur Lösung dieser Probleme lehnen wir Junge Sozialdemokraten eine Militarisierung der Polizei ab.

**Extremismus größtenteils jugendspezifisches Problem**

**Wir lehnen Deuschtmelerei ab, befürworten gesunden Patriotismus**

**Bekämpfung des Extremismus durch Abbau der sozialökonomischen Ursachen**

**umfangreiche Freizeitangebote, z.B. alternative Jugendhäuser schaffen**





## Jugend und Freizeit

Neben der Schule, Ausbildung und Arbeit nimmt die Freizeit für junge Menschen eine dominierende Stellung ein. Unsere Aufgabe als Träger der politischen Jugendarbeit besteht darin, daß die Jugend in diesem Lebensbereich die notwendigen Voraussetzungen erhält, sich selbst zu entwickeln, an gesellschaftlichen Prozessen mitzuarbeiten und ihren Standpunkt in Gesellschaft und Staat zu finden. Aufgabe des Staates ist es dabei, Benachteiligungen zu vermeiden und Benachteiligten die Möglichkeit zu geben, in die Gesellschaft integriert zu werden. Daher muß im nichtkommerziellen Freizeitbereich durch gesicherte Förderung die Möglichkeit geschaffen werden, sich gegenüber kommerziellen Anbietern zu behaupten und der Jugend die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung zu geben. Dies muß in enger Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden und der freien Jugendarbeit in Kirchen und anderen gemeinnützigen Institutionen geschehen.

Eine spezielle Förderung von Jugendverbänden halten wir für angebracht, da sie Interessenvertretung der Jugend sind, unter jungen Menschen politische Bildung betreiben und Lebenshilfe für die Jugend darstellen. Kulturleistungen, welche einen ideellen Wert besitzen und dem Humanismus verpflichtet sind, müssen speziell gefördert werden. Unsere Aktivitäten werden sich jedoch gegen jugendgefährdende Kulturprodukte richten. Um der Jugend die Möglichkeit für sinnvolle und selbstverwirklichende Freizeitgestaltung zu ermöglichen, streben wir eine Förderung der Schülerfreizeitzentren und deren weitergehende Nutzung als Jugendfreizeitzentrum an.

Um der Jugend wirklich eine nutzbare, erholsame und bildende Freizeit zu bieten, ist ein großes Angebot vonnöten. Eine Aufzählung aller Möglichkeiten würde diesen Rahmen sprengen. Es muß nun für alle Interessengruppen ein ausreichendes Angebot vorhanden sein, dieses könnte reichen von Ferienlagern für Kinder, gemeinsame Feriengestaltung aller Art, Bildung in AG'n, Theatergruppen, Sport- und Literaturklubs, bis zur vorrangigsten Freizeitgestaltung der Jugendlichen, die Musik, in welcher Form auch immer, natürlich nicht vergessend. Man sollte hier der Jugend einen genügend großen Spielraum lassen, um ihrer Kreativität, Phantasie und Experimentierfreudigkeit keine Grenzen zu setzen. Auch Randgruppen und Minderheiten unter Jugendlichen (z.B. Punks, sexuell anders orientierte Jugendliche usw.) müssen Möglichkeiten eröffnet werden, ihre Ideale und Interessen verwirklichen zu können. Dies kann geschehen z.B. durch spezielle Jugendbegegnungsstätten.

Kostendeckend arbeitende Theater, Studios und Konzertagenturen können Jugendliche von wertvoller Kultur abhalten, da sie einfach die finanziellen Mittel dafür nicht besitzen. Hier sehen wir eine Subvention kultureller Einrichtungen für Jugendliche als sinnvoll an.

Der Sport muß für die jungen Menschen einfach zu einer neuen Bedeutung wachsen. Die veralteten Ansichten ("Höher, Weiter, Schneller") müssen neuen Idealen weichen. Die "künstliche" Heranziehung von Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern kann in Zukunft nicht vor dem für alle jungen Menschen offenen Massensport Vorrang haben. Der Sport soll einen aktiven Beitrag zur Gesundheit und Erholung der Jugendlichen aus dem Stress des Alltags heraus leisten. Einzelne Sportarten, wie Tennis und Tauchen, dürfen nicht besserstellen Jugendlichen vorbehalten werden. Hier sollte die Gesellschaft regulierend und fördernd eingreifen.

Vor allem im Freizeitbereich, wo Jugendliche ohne jeglichen Zwang und völlig unbeschwert ihren Interessen nachgehen, müssen ausländische und behinderte Jugendliche mit einbezogen werden. Hier kann bei der Eingewöhnung an hiesige Verhältnisse und an die Gesellschaft ein wichtiger Beitrag geleistet werden, der weit über den Ergebnissen der wissenschaftlich begründeten Eingliederungstheorien liegt. Hierbei muß jedoch beachtet werden, daß die Eigenständigkeit der jeweiligen Gruppen nicht verloren geht. So müssen ausländischen Jugendlichen Möglichkeiten erschaffen werden, ihrer eigenen Kultur und Sprache nachzukommen.

der Jugend die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung

Spezielle Förderung von Jugendverbänden angebracht

Subvention kultureller Einrichtungen für Jugendliche

## Jugend und Beruf

Die berufliche Bildung ist von entscheidender Bedeutung für die Berufs- und Zukunftschancen junger Menschen. Berufliche Bildung vermittelt wichtige Vorentscheidungen für die spätere soziale Stellung in der Gesellschaft und wirkt an der Entwicklung des Selbstbewußtseins und der Persönlichkeit der Jugendlichen mit. Daraus schließt, daß jede und jeder Jugendliche die Möglichkeit auf eine qualifizierte Berufsausbildung haben muß. Eine Berufsberatung muß den Jugendlichen beim Finden eines ihrer Interessen entsprechenden Ausbildungsplatzes zur Seite stehen. Kann die Wirtschaft den Bedarf an Ausbildungsplätzen nicht abdecken, so ist es des Staates Pflicht, überbetriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Nicht der Berufsausbildung muß es sein, daß die Jugendlichen die Aufgaben und Probleme in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft mit Kreativität und Selbstbewußtsein lösen. Sie muß daher eine tragfähige Grundlage für die spätere Berufstätigkeit schaffen und die Allgemeinbildung weiter fördern. Hier müssen Berufsschulfächer wie Mathematik, Muttersprache, Sexualkunde und Friedenserziehung/Ethik fester Bestandteil der Ausbildung sein.

Insgesamt muß die Qualität der Ausbildung umfassend verbessert werden. Die Ausbildung ist stets auf dem neuesten Stand zu halten. Am Rande der kollektiven Ausbildung im eigentlichen Klassenverband sollten für die Vielfalt der Interessen der Auszubildenden verschiedene fakultative Kurse angeboten werden. Für leistungsstärkere junge Menschen sind Leistungskurse anzubieten. Um praktische und theoretische Erkenntnisse wirklich nutzen zu können, sollten Theorie und Praxis parallel gestaltet werden.

Jugendliche, die sich in der Berufsausbildung oder im Studium befinden, stehen kaum finanzielle Mittel zur Verfügung. Hier muß der Staat unterstützend eingreifen, z. B. durch eine Berufsausbildungsbeihilfe. Ein Stipendium ist dem zurückzuzahlenden BAföG vorzuziehen. Das Lehrlingsentgelt muß Bestandteil der Mantelarifverträge sein und sollte mindestens auf Sozialhilfeniveau liegen. Während der Ausbildung auftretende Kosten wie Unterbringung, Verpflegung und Fahrtkosten sind durch die ausbildenden Einrichtungen zu tragen.

Um die Interessen der jungen Menschen während der Ausbildung vertreten zu können, müssen Lehrlingsräte aufgebaut werden. Diese sind Bestandteil der Betriebsräte und haben in allen Fragen der Ausbildungsstätte bzw. des Betriebes Mitspracherecht, wodurch sie auch auf Lehrinhalte Einfluß nehmen können. Die Ausbildungsinhalte müssen ebenfalls in Mantelarifverträgen verankert sein, um kontrollierbar zusein. Aus jugendspezifischen Gründen sind Nacht- und Akkordarbeit sowie Überstunden nicht zugelassen.

Für Frauen, Ausländerinnen und Ausländer, soziale Randgruppen und Jugendliche ohne regulären Schulabschluß ergeben sich geringere Chancen. Diese Lage muß durch Sozialprojekte, Umschulungen und Beratungszentren verbessert werden. Die jungen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen durch den Ausbildungsbetrieb übernommen werden. Sollte der Betrieb dazu nicht in der Lage sein, so hat er für die oder den Jugendlichen einen anderen Arbeitsplatz zu finden, bzw. ihr oder ihm kostenlose Umschulungen anzubieten.

Die jungen Menschen sind nach der Ausbildung ihrer Qualifikation und ihrem Interesse entsprechend einzusetzen. Der hierfür nötige Rahmen sollte rechtzeitig abgesteckt sein.

Um den jungen Menschen eine für ihre Persönlichkeitsfindung notwendige Freizeit zu ermöglichen, ist die Wochenarbeitszeit zu verringern.

Qualität der Ausbildung umfassend verbessern

Stipendium ist BAföG vorzuziehen

Lehrlingsräte aufbauen

Wochenarbeitszeit verringern

## Jugend und Wohnen

Bei der Betrachtung von Wohn- und Lebensverhältnissen Jugendlicher stellt man nicht selten katastrophale Zustände fest. Jugendliche, die mit einem Alter von über 20 Jahren noch gegen ihren Willen daheim leben, weil sie keine würdige Wohnung finden, selbst junge Familien, die bei den Eltern wohnen, obwohl sie schon eigene Kinder haben, sind ein Zeichen von krassem Wohnungsnotstand. Das sind die Folgen einer völlig verfehlten Wohnungspolitik unter der SED-Diktatur. Wohnungen wurden verschoben, und Regimegünstlingen kam komfortabler Wohnraum zugute. Als ganze Altbauviertel aufgrund falscher und fehlender Investitionen verfielen, wurden zur Lösung des entstehenden Wohnraumbedarfs Neubausilos errichtet. Diese Zustände müssen schnellstmöglich geändert werden. Dabei ist auf sozial schwache Gruppen zu achten.

Wir setzen uns besonders dafür ein, daß Jugendliche die Chance erhalten, so früh wie möglich ein elternunabhängiges Leben zu führen. Dabei wird ein Wohngeld zur finanziellen Unterstützung und Förderung nötig sein, da die vielerorts verfallenen Häuser in nutzbaren Wohnraum umgewandelt werden müssen, was hohe Investitionen und ein Ansteigen der Mieten notwendig macht. Das Wohngeld soll von den Kommunen getragen werden und junge Familien, Studenten und Studentinnen sowie alternative Lebens- und Wohngemeinschaften unterstützen.

Bei der Genehmigung von Wohnungsneubau und Rekonstruktion ist auf das soziale Niveau, d.h. auf das Mietenniveau zu achten. Leerstehende teure Luxuswohnungen helfen nicht, die Knappheit an Wohnraum abzubauen. Wir unterstützen wirklich sozialen Wohnungsbau. Gerade bei der Sanierung von Altbaugebieten ist auf sozial verträgliche Konzeptionen zu wirken. Auch müssen Mitspracherechte von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern aller sozialen Gruppierungen bei der Belegungspolitik von Sozialwohnungen und Wohnungen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen gesichert sein.

Nur eine Politik, die Notstände auf dem Wohnungsmarkt, d.h. Mangel an Wohnraum, beseitigt, kann sozial gerecht und demokratische Politik sein. Von Wohnraumangel sind als besondere soziale Gruppe Jugendliche stets betroffen und in ihrer persönlichen Freiheit daher eingeschränkt. Regulierend muß in jedem Fall ein auf kommunaler Ebene tätiges Wohnungsvermittlungsamte eingreifen. Durch unbürokratische, direkte Verfahrensweise soll dieses Amt besonders Minderheiten, Jugendliche, Ausländer und Ausländerinnen und sozial Benachteiligten bei der Wohnraumvermittlung helfen. Die eingeführten Wohnberechtigungsscheine (WBS) müssen von mehreren einzelnen Personen zu Gruppen zusammenzulegen sein. So werden kompliziert alternative Wohnformen möglich und gefördert. Für uns Junge Sozialdemokraten steht neben der Schaffung von Wohnraum für alle auch eine direkte, unbürokratische Vermittlung im Mittelpunkt.

Bei den Verbesserungen der Wohnbedingungen und die Erhöhung der Stadtqualität müssen zukünftig in allem Territorien die grundlegenden Anforderungen der Ökologie und eine behutsamen Stadterneuerung berücksichtigt werden. Die Landschaft darf nicht zersiedelt werden. Durch flächensparendes Bauen ist es möglich, die Versiegelung von Boden zu beschränken und zugleich Freiraum in Form von Dachgärten, begrünten Hinterhöfen und großen Hausgärten zu schaffen. In innerstädtischen Wohngebieten gewinnt der Lärmschutz besonderes Gewicht. Dem Spekulantentum und der Zweckentfremdung muß entgegengetreten werden.

Wohngeld für junge Familien, Studentinnen und Studenten sowie alternative Lebens- und Wohngemeinschaften

Mitspracherecht bei Belegung von Sozialwohnungen

Kommunales Wohnungsvermittlungsprogramm

Behutsame Stadterneuerung

## Jugend und Studium

Die Arbeit an Universitäten, Hoch- und Fachschulen soll grundsätzlich neu definiert werden. Sie muß vor allem und zuerst durch Freiheit, Demokratie und Chancengleichheit der Studierenden sowie Gerechtigkeit bei der Beurteilung gekennzeichnet sein. Es muß die Freiheit der Wissenschaftlerinnen und der Wissenschaftlers sowie der Wissenschaft vor wirtschaftlicher und staatlicher Macht gesichert sein. Der freie Disput und die Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschung sind Grundwerte der Demokratie. Die gesellschaftliche Verantwortung, d.h. die staatliche Kontrolle beginnt mit der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Hier kann auch die Beauftragung und Reglementierung der Freiheit der Wissenschaften einsetzen, natürlich aber nur unter dem Vorzeichen der demokratischen Vorgehensweise, die die breite Diskussion, auch öffentliche Mitbestimmung voraussetzt und ermöglicht. Das gilt da, wo Vorhaben der Wissenschaft ethische Normen verletzen oder zu untragbaren Risiken führen. Dazu zählen medizinische Experimente am Menschen, Eingriffe in Menschenrechte und die gentechnische Entwicklung, insbesondere an der Erbmasse des Menschen, aber auch überflüssige, lediglich der Steigerung wirtschaftlicher Effizienz dienende Tierversuche. Hier sollen staatliche Beaufträge intensiv prüfen.

Den rechtlichen Rahmen soll eine demokratische Verfassung für die Universitäten, Hoch- und Fachschulen auf Länderebene bilden. Diese soll unter Mitwirkung von Studenten und Studentinnen, Dozenten und Dozentinnen erarbeitet werden. Für die Kontrolle der Anwendung und Durchsetzung dieser Verfassung sowie weiterer Regelungen und Verordnungen, aber auch zur Kontrolle ethischer und moralischer Grundwerte ist neben verschiedenen Beauftragten ein oder mehrere Gremium/Gremien unter der demokratischen, verhältnismäßigen Mitwirkung aller Beteiligten zu schaffen. Diese soll auch die Besetzungsverfahren an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen überwachen.

Wir Junge Sozialdemokraten treten für angemessene Studienbedingungen und Lebensverhältnisse für Studenten und Studentinnen ein. Es muß ein elternunabhängiges Stipendium geben. Als wichtig erachten wir hier auch die Erstattung von Wohngeld. Studenten und Studentinnen müssen emanzipiert und vor allem elternunabhängig leben können.

Wohnheime und Mensen müssen bei qualitativ starker Verbesserung erhalten bleiben.

Eine Erweiterung des Studienangebotes geisteswissenschaftlicher Fakultäten erachten wir als sehr notwendig. Das Angebot musischer Studienmöglichkeiten soll erweitert und gefördert werden. Ebenso ist eine Erweiterung des Angebotes der Studiengänge defizitärer Forschung, wie z.B. Umweltforschung, Management und Marketing, notwendig. Die Arbeit an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen soll einen neuen, umfassenden Rang erhalten. Dazu sind enge Partnerbeziehungen der Institute notwendig. Das dient auch dem Gewinn an Effizienz wissenschaftlicher Forschung.

## Jugend und Schule

Wir Junge Sozialdemokraten setzen uns für eine breite Diskussion und neue eigene Überlegungen bei der Gestaltung des Bildungssystems in den Ländern der ehemaligen DDR ein. Es ist falsch, das Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen. Das Bildungswesen soll gründlich reformiert werden. Schnell vorstatten gehen soll dabei das Ersetzen alter und ideologischer auf die Umkehr von dogmatisch auswendig gelerntem, hin zu dem Erkennen und Begreifen von wissenschaftlichen und gesellschaftlicher Zusammenhängen und Problemen, der Förderung des Konfliktbewusstseins sowie der Aneignung von Weltverständnis orientiert werden.

Im Zuge der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR wurde dem Bildungswesen eine schwere Schuld an den bisherigen Zuständen vorgeworfen. Das Bildungssystem der ehemaligen DDR war geprägt von der Erziehung der Schüler und Schülerinnen zu autoritäts-

Gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft

Für elternunabhängiges Stipendium

Mehr Studiengänge defizitärer Forschung

Bildungssystem muß gründlich reformiert werden

bewußtem Denken und Handeln, zur Anpassung, ständigem Jasagen, Heuchelei und Doppelmoral. Ihnen wurden Scheinprobleme vorgezogen, die im Handumdrehen gelöst wurden, ihnen wurde eine heile Welt vorgegaukelt und so die Fähigkeit zu eigenständigen politisch-weltanschaulichen Bekenntnissen genommen. Sie wurden mit abgelernten, abstrakten und wenig nützlichen Überzeugungen ins Leben entlassen. Nicht wenige suchten ihre Orientierung heute in autoritären und konservativen Wertedenken. Hier sollen schnell fortschrittliche Konzepte greifen. Die Chance dazu liegt auf der Länderebene. Wir Junge Sozialdemokraten wollen uns mit linken Ideen einbringen.

#### Für integrierte Gesamtschulen

Die Bildungspolitik ist ein Gestaltungsfeld linker Politik. Wir setzen uns für die Schaffung von integrierten Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe ein und fordern Chancengleichheit aller Schüler und Schülerinnen in allen Klassenstufen. Das heißt ausdrücklich, daß z.B. das Überwechseln in einen anderen Schultyp ohne Umwege nach jedem Schuljahr möglich sein muß. Als dienlich erscheint uns die Einführung eines 13. Schuljahres an Schulen und Berufsausbildungen mit Abitur bei gleichzeitiger qualitativer Verbesserung der Ausbildung.

#### Einführung eines 13. Schuljahres

Eine völlige Neustrukturierung der Lehrpläne und der Ausbildungspraxis ist für die polytechnischen Zentren vonnöten. Sie sollen bei qualitativer starker Verbesserung und Umordnung erhalten bleiben. Schüler und Schülerinnen sind auf keinen Fall als billige Arbeitskräfte einzusetzen. Für eine polytechnische und praxisnahe Bildung in Betrieben, aber auch in Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie der Altenbetreuung ist deshalb eine neue Definition unbedingt notwendig. Anzustreben in diesem Rahmen sind auch Projekte des Umweltschutzes und weiterer sozialer bzw. gesellschaftlicher Felder. Alternative Schulformen müssen möglich sein und gefördert werden.

#### Alternative Schulformen fördern

Für die Kontrolle der pädagogischen Praxis ist eine demokratische Schulaufsicht, die der Kommune untersteht, zu schaffen. Diese soll die Eltern als wichtigsten Motor der Bildungspolitik einbeziehen sowie die Wahl von Funktionärinnen und Funktionärinnen an den Schulen durch demokratische Gremien, z.B. Schulkonferenzen mit verhältnismäßiger Beteiligung des Lehrkörpers, der Schüler und Schülerinnen und der Eltern, beaufsichtigen. Den Rahmen soll für die Vorgehensweise eine demokratische Schulverfassung bilden, die von den Ländern verabschiedet wird.

#### Verstöße gegen demokratische Prinzipien

Wir sehen es als Verstoß gegen demokratische Prinzipien an, wenn demokratische Schulgremien, die nach der friedlichen Revolution geschaffen wurden, bei der Schulleiterinnen und Schulleiterwahl ausschließlich das Vorschlagsrecht haben, wenn keine Konzepte für die Umgestaltung des Staatsbürgerkundeunterrichts vorliegen, die pluralistisch diskutiert werden können, wenn durch die Umbenennung der Pionierleiter und Pionierleiterinnen zu Freizeitpädagogen und Feizeitpädagogen weiterbeschäftigt werden, nur um einem weiteren Problem aus dem Weg zu gehen.

Besonders verurteilt werden muß allerdings das Vorhaben, in den Schulen die Schüler und Schülerinnen einer frühzeitigen Selektion nach der zweiten Klasse auszusetzen. Diese Aussonderung sehen wir als Verstoß gegen das Gesamtschulkonzept an und verurteilen diesen pädagogischen Rückfall scharf. Wie sollen die Schüler und Schülerinnen so zu solidarischem und sozialem Verhalten und Verständnis erzogen werden? Für uns ist Selektion frühestens nach der sechsten Klasse sinnvoll. Vom Konzept einer integrierten Gesamtschule soll auch hierbei nicht abgewichen werden. In diesem Rahmen wollen wir die Förderung von musischen und fremdsprachlichen Fertigkeiten als Erweiterung der gesamt-schulischen Ausbildung. Eine fortschrittliche Bildungspolitik darf Leistungsunterschieden nicht durch Aussonderung verhärten, sondern muß durch individuelle Förderung betreiben und Integration vorantreiben.

#### Durch individuelle Förderung betreiben und Integration vorantreiben

Verstärkt konzentrieren wollen wir uns auf die Erziehung zum gleichberechtigten Umgang mit einzelnen Komponenten kultureller Vielfalt, wobei die AusländerInnenpolitik eine hervorragende Rolle spielt. Dabei soll auf die Erziehung zu Toleranz und Demokratie als höchstes Gut menschlicher Kultur besonders Wert gelegt werden. Wichtig ist ebenfalls das Hinwirken auf den Abbau des Rollenverhaltens von Mädchen und Jungen. Die Erziehung von Mädchen und Jungen zur typischen Rollenenteilung in der Schule sehen wir als anachronistisch an. Der Einfluß der Koedukation muß in diesem Zusammenhang kritisch hinterfragt

werden. Dabei, wie auch bei der Erziehung zum Umgang mit anderen Kulturen, wollen wir auf Gleichberechtigung und Akzeptanz, auch gegenüber Andersdenkenden, unsere besondere Aufmerksamkeit richten. Nicht vergessen werden darf, trotz der Umgestaltung in der ehemaligen DDR, die Erziehung zu sozialer Verantwortung sowie die Friedenserziehung. Das Herangehen an die Entartung in eine Ellenbogengesellschaft sowie die Militarisierung der Gesellschaft darf durch die schulische Bildung nicht gefördert, sondern muß unterbunden werden.

#### Gegen Ellenbogengesellschaft und Militarileerung

## Gleichstellung von Frauen und Männern

Trotzdem die gesetzliche Benachteiligung der Frauen gegenüber den Männern nicht mehr besteht, kann festgestellt werden, daß unsere Gesellschaft patriarchalisch geprägt ist. Es gibt überholte Denk- und Verhaltensstrukturen aufzubrechen und neu zu ordnen. Wir Jungen Sozialdemokraten fordern neue bildungs- und schulpolitische Formen und Inhalte, die die Vermittlung von traditionellen Rollenklischees und Geschlechtsstereotypen zugunsten einer gesunden Infragestellung der Rollenenteilung ablöst. Gefragt ist eine soziale Gleichheit und nicht eine patriarchalische Gleichberechtigung, die bisher nur die Frauen zu einer Doppelbelastung zwang, nicht aber die Männer veranlaßte, sich so in das familiäre Leben zu integrieren, daß auch sie anliegende Arbeiten verrichten und ihre traditionelle Privilegierung aufgeben.

#### Neue bildungs- und schulpolitische Formen und Inhalte

Die Gewerkschaften müssen sich frauenspezifische Probleme zu eigen machen und sie gegenüber den Arbeitgebern vertreten.

Die Frauenbewegung der ehemaligen DDR ist noch nicht zu der nötigen Kraft und Basis gekommen, die sie benötigt. Solche Gruppen sind zu fordern und zu unterstützen.

Für uns gilt der Grundsatz, daß jede Frau das Recht hat, eine Schwangerschaft selbst zu bestimmen und zu verantworten. Wir fordern eine gesetzliche Regelung mit Verfassungsrang, die Frauen grundsätzlich nicht mit Strafe bedroht. Betreuungangebote mit gesicherter Finanzierung, die eine umfassende, kompetente und vertrauensvolle Beratung bieten, müssen möglich sein. Während des Lebens muß mittels Sozialleistungen geschützt sein: Hilfen mit Rechtsansprüchen (Kinderbetreuung, Verbesserung der Situation Alleinerziehender etc.), verbindliche Aufklärungskonzepte, Finanzierbarkeit und diskrete Zugänglichkeit von Verhütungsmitteln.

#### Jede Frau hat das Recht, eine Schwangerschaft selbst zu bestimmen und zu verantworten

Wir fordern die zuständigen Stellen auf, Exekutiv- und Legislativbereiche in den Kommunalverfassungen zu schaffen. Desweiteren fordern wir frauenspezifische Infrastrukturprojekte. Wir bestehen auf den Erhalt und Ausbau von Sozialleistungen für Frauen und Familien, insbesondere für Mütter, Alleinerziehende und die Betreuung von kranken Kindern. Kinderbetreuungseinrichtungen müssen in ausreichender Anzahl vorhanden sein. Wir müssen dafür Sorge tragen, patriarchalische Strukturen in unserem Vaterland und in unserer Partei abzubauen und durch gezielte Arbeit mehr Frauen zur Mitarbeit zu animieren.

#### Patriarchalische Strukturen abbauen

## Leben und Schwule

Ein angemessener Umgang mit Homosexuellen in unserer Gesellschaft kann durch eine weitere Thematisierung, so in der Erziehung von Kindern und Jugendlichen, und auch durch spezifische Gesetzesänderungen erreicht werden. Deshalb fordern wir die sofortige, ersatzlose Streichung des § 175 und auch des § 182.

Wir Junge Sozialdemokraten verlangen die sofortige und uneingeschränkte Anerkennung aller Naziopfer, so auch der Homosexuellen, damit wenigstens noch einige Betroffene zu Lebzeiten zu ihrem Recht kommen. Es zeigt sich, daß ein neues Rechtsinstitut, das der "eingetragenen Partnerschaft", welches vom Geschlecht der jeweiligen Partner und Partne-

#### Für neues Rechtsinstitut der "eingetragenen Partnerschaft"

rinnen unabhängig ist, zu schaffen ist. Der Anspruch auf staatliche Nichteinmischung, die Aufteilung im Falle der Trennung und der Garant für die Behandlung als Angehöriger ersten Grades des Partners u. a. m. müssen in diesem Rechtsinstitut gesetzlich formuliert sein. Somit sind Überbeeitungen des Miet-, Steuer- und Erbrechts nötig.

Die geschlechtliche Orientierung der Partner dürfen keine Entscheidungskriterien beim Adoptions- und Sorgerechts darstellen. Zur selbstbestimmten Wahl der Lebensform gehört für uns die freie Entscheidung über die Anzahl der Personen, ebenso wie die Möglichkeit der Ehe nach bürgerlichem Gesetz für Homosexuelle. Jede soziale Beziehung muß umfassend vom Recht geschützt werden. Unseres Erachtens sind Grundgesetzänderungen für den umfassenden Schutz Homosexueller notwendig. So Art. 3 (3) GG (Gleichheit vor dem Gesetz); Art. 3 (1) GG (Ehe, Familie, nichteheliche Kinder); es ist zu überprüfen, inwieweit Art. 12 (1) GG (Freiheit der Berufswahl) wirklich zum Tragen kommt. Desweiteren drängen wir auf eine Erweiterung des Art. 16 (2) GG (Ausbürgerung, Auslieferung, Asylrecht). Mit Sorge betrachten wir die Tabuisierung, ja sogar Diskriminierung von Homosexuellen in unseren Reihen. Ein ehrlicheres Zeichen wäre dagegen, offen schwul oder lesbisch lebende Partei- und Verbandsmitglieder in diverse Wahlvorschläge aufzunehmen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, ihre Kandidatur zu ermöglichen. Desweiteren fordern wir die Partei auf, in ihren Programmen zu Fragen der Homosexualität klar und deutlich, für jeden erkennbar Position zu beziehen.

## Drogen

Drogenprobleme dürfte es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht geben. Die Tabus sind gefallen, das Drogenproblem kann nun auch in den fünf neuen Bundesländern mit all seinen Erscheinungen und Auswirkungen nicht mehr verdrängt werden. Besonders bei Jugendlichen in diesen Bundesländern fehlt es wegen der bisher mangelnden Aufklärung über die Gefahren des Drogenmißbrauchs an erforderlichen Wissen über die Drogenproblematik, um zu einer ausreichend starken Abwehr gegen aufkommenden Drogenkonsum anzugehen. Besonders in den Ballungsgebieten, den Städten mit ihren unterschiedlichen, betonierten Neubaugebieten fehlt es an akzeptablen Freizeitangeboten für Jugendliche. Auch die zur Zeit herrschende soziale Unsicherheit, welche uns auf dem Weg zu einer sozialen Marktwirtschaft begleitet, begünstigt den möglichen Griff zur Droge. Großes soziales Elend, Drogenkriminalität und gesundheitliche Schäden bleiben dem größten Teil der Betroffenen nicht erspart. Jugendlichen in den neuen Bundesländern sollten dieser Gefahr nicht schutzlos ausgesetzt sein, sie sollen sich die Voraussetzungen für ein jugendgerechtes Dasein schaffen, welches sie nicht zum Griff nach der Droge verleitet.

Wir Junge Sozialdemokraten fordern den Aufbau von Drogenberatungsstellen, die im Gebiet der neuen Bundesländer flächendeckend arbeiten sollen. Es ist auch notwendig, das Thema Drogen in die Lehrpläne der Schulen aufzunehmen. Um der ständigen Steigerung der Anzahl der Drogennoten zubegegnen, halten wir die Legalisierung von Drogen für dringend notwendig. Verkauf und Anwendung sollte unter ärztlicher Aufsicht erfolgen.

Grundgesetzänderungen für den Schutz Homosexueller

Position beziehen

Aufbau von Drogenberatungsstellen

Legalisierung von Drogen

## V. Für unsere Zukunft

Die gesellschaftliche Entwicklung lebt davon, daß alle Strukturen durch neue Ideen in Frage gestellt werden. Gerade Jugendliche sind prädestiniert, neue Gedanken auf unkonventionelle Art und Weise einzubringen. Ihre Sichtweise fordert den Widerspruch zu den bestehenden Meinungen heraus. Deshalb kommt den Jugendlichen in der Gesellschaft eine besondere Rolle zu.

Wir Junge Sozialdemokraten sehen es als unsere Aufgabe an, künftig mit und für Jugendliche mitgestaltend zu wirken. Ihre Probleme und Themen müssen zum wichtigen Faktor unserer Meinungen und Aktivitäten werden. Die Jugend ist die Zukunft der Gesellschaft. Heutige Entscheidungen können für ihr Leben in einigen Jahren immer noch bedeutend sein. Deshalb ist es berechtigt und vonnöten, daß sie aktiv am gesellschaftlichen Leben Anteil hat.

Wir Junge Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen, daß Jugendliche ein Mitspracherecht bekommen und es nutzen können. Das Engagement gegen die Politikverdrossenheit ist uns ein Grundanliegen.

Wir Junge Sozialdemokraten sind der Meinung, daß auch bewährte Strukturen und Verfassungen einer Überarbeitung bedürfen. Das Grundgesetz und das Recht der Bundesrepublik stellen zwar gegenüber dem bisherigen Recht in der DDR einen Fortschritt dar, weisen aber erhebliche Mängel auf. Eine umfassende Verfassungsdiskussion ist notwendig, um auf die veränderten Prozesse, die sich in Europa vollziehen, eingehen zu können. Wir können unsere politischen Vorstellungen nur dann verwirklichen, wenn Jugendliche diese Politik mitgestalten.

Wir Jungen Sozialdemokraten werden nur wirklichkeitsnah arbeiten, solange Jugendliche mit ihren Wünschen, Ansprüchen und Forderungen im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns stehen.

